

Nur Einzelfälle? Die lange Liste rechter Ausrutscher

Seit Antritt der Regierung dokumentiert DER STANDARD rechtsradikale Entgleisungen in allen Parteien. 50 Fälle sind es inzwischen. Hier das Update

21. November 2018, 23:08

2511 POSTINGS

"Das ist doch nur ein Einzelfall", heißt es seit vielen Jahren seitens der freiheitlichen Parteispitze, wenn man sie mit Vorfällen innerhalb der Partei konfrontiert, die auf das rechtsextreme Eck hinweisen. Über die Jahre wandelte sich das Wort "Einzelfall" zum ironischen Begriff der Kritiker, die solche Fälle zählen, für die FPÖ.

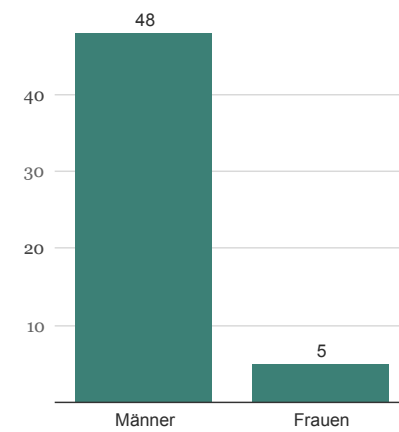
"Lauter Einzelfälle?", fragten etwa im vergangenen Jahr die Menschenrechtsorganisation SOS Mitmensch und das Mauthausen-Komitee, die Nachfolgeorganisation der Österreichischen Lagergemeinschaft, die überparteilich und überkonfessionell das Andenken an die NS-Opfer wahrt. Beide NGOs begannen damals, vermeintliche Einzelfälle zu zählen und zu publizieren.

DER STANDARD hat online vor einem Jahr eine Liste mit jenen Einzelfällen angelegt, über die die Medien berichteten, um der Leserschaft jederzeit einen Überblick bieten zu können. Seither bemühen wir uns, diese Liste laufend zu aktualisieren und etwa bei gerichtsanhängigen Einzelfällen die Verfahrensstände durch ein Update zu ergänzen.

Die Analyse

Über das reine Auflisten hinaus wurden die Vorkommnisse auch anderweitig analysiert. So versuchen blaue Parteigranden häufig, unliebsame Vorfälle auch mit dem sogenannten Narrensaum zu erklären. Damit sind etwa Sympathisanten gemeint, die sich, von der Partei ungewollt, auf blauen

Beteiligung von Frauen und Männern



Wie oft kam ein Bundesland in der Liste vor?

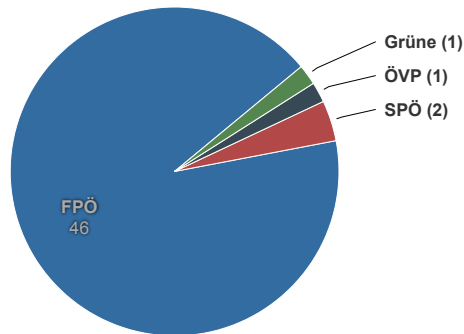
Vorarlberg	1
Wien	17
NÖ	11
OÖ	7
Steiermark	4
Burgenland	4
Tirol	1
Salzburg	5

Facebook-Seiten austoben. Der heutige Verkehrsminister Norbert Hofer ortete 2016 diesen "Narrensaum" im Zusammenhang mit Hasspostings.

Bei Durchsicht der Fälle wird klar, dass es keineswegs nur um den Rand einer Partei geht. "Einzelfälle" finden sich auf allen blauen Funktionärebene: vom Gemeinderat bis zum Minister. Reine Parteimitglieder oder "Fans" der FPÖ, die sich einschlägig im Internet betätigen, wurden vom STANDARD nicht berücksichtigt. Die auf dieser Liste angeführten Personen haben Funktionen in der Partei oder in Vorfeldorganisationen wie Jugendverbänden oder

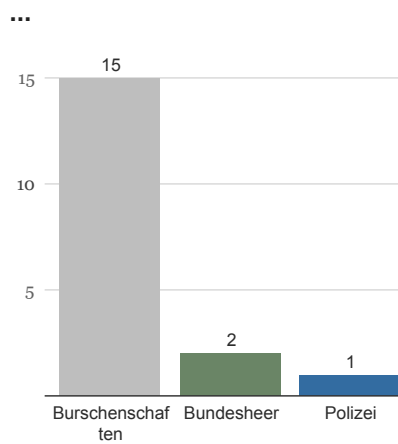
Gewerkschaftsfraktionen. Zudem haben wir recherchiert, wie viele der betroffenen blauen Funktionäre Mitglieder in einer Burschenschaft sind. Die Entscheidung, welcher Vorfall auf die Liste des letzten Jahres kommt, erfolgte auch nach inhaltlichen Kriterien.

Welchen Parteien waren die Fälle zuzuordnen?



Die inhaltlichen Kriterien

Wie viele blaue Fälle betrafen



Rechtsextremismus oder Neonazismus sind zwei Begriffe, die im Zusammenhang mit Einzelfällen immer wieder vorkommen. Darunter fallen etwa Aussagen, Artikel oder Postings, in denen Revisionismus betrieben wird. Revisionismus liegt vor, wenn allgemein anerkannte, geltende historische, politische oder wissenschaftliche Erkenntnisse infrage gestellt oder umgedeutet werden. In den vorliegenden Fällen geht es dabei um die Zeit des NS-Regimes.

Auch jede positive Darstellung des Nationalsozialismus oder eine entlastende oder verzerrende Darstellung des NS-Regimes sowie seiner Verbrechen, vor allem des Holocausts, war ein Kriterium bei der Listenerstellung. Darüber hinaus ist jede Form von Antisemitismus, auch subtilere Formen, etwa das Verbreiten von

Verschwörungstheorien über jüdische Personen, oder Antizionismus ein Fall für die "Einzelfälle".

Explizite Fremdenfeindlichkeit, die pauschale Diffamierung von Flüchtlingen oder Migranten sowie biologistische Aussagen über "Menschenrassen" oder Gewaltaufrufe wurden ebenso berücksichtigt.

Ein wichtiges Merkmal waren auch Kontakte zur verfassungsfeindlichen Szene, also Neonazismus, Sekten oder religiösen Extremisten.

Demokratiefeindlich

Die angeführten Aussagen und zur Schau getragenen Geisteshaltungen sind in verschiedenem Ausmaß auch als demokratiefeindlich einzustufen. Es ist die Aufgabe kritischer Medien, Behörden und politisch Verantwortlicher, die in solche Vorfälle verwickelt sind, besonders scharf zu beobachten – auch dann, wenn sie keinen Straftatbestand erfüllen.

Wie oft gab es Vorfälle auf politischen Ebenen?

EU	1
Bund	13
Land	9
Gemeinde	23
Vorfeldorganisationen der FPÖ	4

DER STANDARD trifft mit der Auswahl der Fälle keine juristische Aussage über den jeweiligen Vorfall. Selbstverständlich haben wir auch "Einzelfälle" auf die Liste genommen, die andere Parteien betreffen. (Colette M. Schmidt, Fabian Schmid, Sebastian Fellner)

Die Liste

DER STANDARD bietet mit dieser Auflistung einen Überblick über all die "Einzelfälle" seit der Nationalratswahl. Das Dokument wird regelmäßig erweitert und ergänzt, sollten neue Fälle dazukommen. Frühere Fälle wurden bereits vom Mauthausen-Komitee Österreich (MKÖ) in einer Broschüre gesammelt.

*



foto: armin karner

Einzelfall: Kickl über Neonazis und Rechtsextremismus: "Kennt Rechtsordnung nicht als Straftatbestand"

21. November 2018: Der Innenminister tätigte im Parlament eine Aussage über Rechtsordnung.

Experten halten die Aussage des Ministers zwar für formal zulässig, aber als Signal für "verheerend"

Zum Artikel:

"Kennt Rechtsordnung nicht als Straftatbestand"

*

Einzelfall: FPÖ Döbling will keine muslimischen Migranten in Gemeindebauten

13. November 2018: Die Döblinger Bezirksorganisation der FPÖ fordert in einer Aussendung, dass "keine weiteren muslimischen Migranten in Döblings Gemeindebauten" ziehen. Klemens Resch, Klubobmann der FPÖ Döbling, verbreitet die Verschwörungstheorie, dass die SPÖ Wien Migranten

"ansiedelt", um deren Wählerstimmen zu erhalten. SOS Mitmensch bringt eine Anzeige wegen Verhetzung ein, die Spitze der FPÖ Wien wandelt die Forderung eine Woche später in einen "Staatsbürgerschafts-Bonus für Gemeindebauten" um.

*

Einzelfall: Wiens FPÖ-Vizebürgermeister Dominik Nepp nimmt an RFS-Stammtisch teil. Zwei bekannte Identitäre auch

28. November 2018: Nepps Büro betont auf STANDARD-Nachfrage, dass es "reiner Zufall" gewesen sei, dass auch Identitäre an der Veranstaltung, bei der er Gastredner war, teilnahmen.

Zum Artikel: Wiener Vizebürgermeister und Identitäre am selben Stammtisch

*

Einzelfall: Rattenvergleich von Grünen-Politikerin

21. November 2018: Ein Internetvideo zeigt eine Katze, die eine Ratte jagen will – und dann vom Nager selbst verfolgt wird. Niederösterreichs Grünen-Chefin Helga Krismer teilt den Clip auf Twitter und kommentiert: "Wenn man lustig sein möchte, aber nur dann, könnte man ihnen Namen geben: Kater Sebastian und Ratte Heinz." Der Tweet wurde später gelöscht, Krismers Erklärung: "Ich habe zur Kenntnis genommen, dass es leider ganz falsch ankam."

*

Einzelfall: Brauchtumsgruppe aus rechtsextremem Eck in Parlament eingeladen

15. November 2018: Die Dritte Nationalratspräsidentin Anneliese Kitzmüller (FPÖ, Mädelschaft Iduna zu Linz, Mädelschaft Sigrid zu Wien) lud die Brauchtumsgruppe "Lords of Darkness" ins Parlament. Deren Mitglieder zeigten auf Facebook Tattoos, die an verbotene NS-Symbole erinnern, und schrieben, sich nach dem Wahlsieg Alexander Van der Bellens eine "Schusswaffe zuzulegen".

Zum Artikel: Kitzmüllers Krampuskränzchen in der Kritik

*

Einzelfall: Rassistisches FPÖ-Video führt zu "dunkelgelber Karte" für Mitarbeiter

14. November 2018: In einem Facebook-Video der FPÖ, das die Einführung eines Fotos auf der E-Card bewerben will, wird eine rassistische Geschichte über "Ali" und "Mustafa" erzählt. Die beiden werden abwertend mit Fez und Schnurrbart dargestellt. Nach einem Aufschrei gab Vizekanzler Heinz-Christian Strache (FPÖ) an, die "Qualitätssicherung" habe versagt; der Mitarbeiter erhalte eine "dunkelgelbe Karte".

Zum Artikel: Rassistisches FPÖ-Video: Strache verspricht künftig Qualitätsmanagement

*

Einzelfall: FPÖ-Politiker gedenken Nazi-Fliegern

12. November 2018: Zur selben Zeit, in der die Republik der Novemberpogrome gedenkt, nehmen FPÖ-Politiker an einer Ehrenveranstaltung für den NS-Piloten Walter Nowotny teil. Nowotny galt als glühender Anhänger Hitlers, er wurde zum "Fliegerhelden" mystifiziert. 2018 gedachten seiner etwa die Wiener FPÖ-Landtagsabgeordneten Wolfgang Jung und Johann Herzog. Auch Rechtsextreme mit Bezügen zum neonazistischen Milieu waren dabei.

Zum Artikel: FPÖ-Politiker gedenken erneut des NS-Piloten Nowotny



foto: armin karnar

*

Einzelfall: FPÖ-Gemeinderat postet Interpretation von Jesus als "Naziverehrer"

11. November 2018: Ein Gemeinderat aus dem niederösterreichischen Kleinzell verstört auf Facebook mit Posting, in dem behauptet wird, der Begriff Nazi sei vor 2000 Jahren von Juden erfunden worden.

Zum Artikel: Für FPÖ-Gemeinderat steht Begriff Nazi für "heilige Person"

*

Einzelfall: Sprecher von Vizekanzler Strache wird als Sprecher bei rechtsextremem Treffen des Netzwerkes von Götz Kubitschek angekündigt

6. November 2018: Konrad Weiß, einer der Pressesprecher von Heinz-Christian Strache, wird auf der sogenannten Herbstakademie der rechtsextremen Plattform Institut für Staatspolitik aus Sachsen-Anhalt als Redner angekündigt. Nach dem Treffen Mitte November sagt ein anderer Sprecher Straches aber, Weiß sei schließlich nicht dort gewesen, weil er verhindert gewesen sei. Weiß publiziert auch regelmäßig in Publikationen des IFS-Gründers Götz Kubitschek.

Zum Artikel: Rechtes Treffen kündigt Straches Sprecher als Redner an

Updates: Parlamentarische Anfrage zu rechtem Treffen mit Straches Sprecher

Strache-Sprecher mit "Telefonallergie" sprach nicht in Semriach

*



foto: armin karner

Einzelfall: Generalsekretär im Innenministerium in antisemitischer Facebook-Gruppe

5. November 2018: Im Vorfeld seines Auftritts beim parlamentarischen U-Ausschuss zur BVT-Affäre zeigten Recherchen des STANDARD, dass sich Peter Goldgruber, Generalsekretär im Innenministerium, auf Facebook mit antisemitischen Plattformen und Gruppen interagiert hat. Er war etwa in der Gruppe "Ken FM nur für Systemkritiker". In der Sendung Ken FM wurde etwa behauptet, der jüdische Philanthrop George Soros habe die Demonstrantinnen beim "Women's March" bezahlt. Dieser wolle damit einen Anstieg an Abtreibungen herbeiführen, um am Verkauf toter Embryonen an Pharmahersteller zu verdienen. Goldgruber gibt an, dass er auf Ken FM aufmerksam wurde, da es "interessante Dokumentationen über die Firma Thoma aus Salzburg brachte, die spezielle Holzhäuser baut".

Zum Artikel: Die Facebook-Aktivitäten des Peter Goldgruber

*

Einzelfall: "Sieg Heil" und Nazipornos am Wallersee

4. November 2018: Die Staatsanwaltschaft Salzburg ermittelt gegen sechs Personen, weil in einer Whatsapp-Gruppe Nachrichten, Fotos und Links geteilt wurden, die neben "unangemessener Satire mit NS-Bezug" auch den Verdacht der Verherrlichung von NS-Gedankengut nahelegen. Gefunden wurden in der Handy-Kommunikation auch eine Nachricht zum 20. April (Hitlers Geburtstag) mit dem Wortlaut "Heute Staatsfeiertag. Sieg Heil!" sowie Nazipornos. Einer der Beschuldigten war für die FPÖ zu Gemeinderatswahlen angetreten, soll der Partei nun aber nicht mehr angehören.

Zum Artikel: "Sieg Heil" und Nazipornos am Wallersee

*

Einzelfall: Mauthausen-Komitee wirft Welser FPÖ-Bürgermeister Geschichtsfälschung vor

27. Oktober 2018: Der Welser FPÖ-Bürgermeister Andreas Rabl schreibt in einem Vorwort eines Buches über die NS-Zeit von seinem Großvater und dessen Gestapo-Haft, ohne auf Details einzugehen. Tatsächlich machte der Großvater, der schon in den 1920er-Jahren illegaler Nazi wahr, während des Naziregimes Karriere. Die SPÖ, das Mauthausen-Komitee und die Welser Antifa werfen ihm unter anderem "Geschichtsfälschung" vor, weil er seinen Vorfahren ins Licht eines Regimegegners stellte.

Zum Artikel: Welser Stadtchef Rabl mit lückenhafter Großvaterlegende

*

Einzelfall: Kabinettsmitarbeiter von Verteidigungsminister Mario Kunasek (FPÖ) mit fragwürdigen Facebook-Aktivitäten

6. Oktober 2018: Zwei hochrangige Mitarbeiter im Kabinett des Verteidigungsministers fallen durch Postings auf, in denen die rechtmäßige Wahl von Bundespräsident Alexander Van der Bellen infrage gestellt wird, sich einer der beiden Mitarbeiter als "anständiger Deutscher" bezeichnet, obwohl er Österreicher ist, und rechtsextreme Verschwörungstheorien verbreitet werden.

Zum Artikel: Kunaseks Mitarbeiter und "kranke Gehirne"

Update: Kunasek stellt sich hinter Mitarbeiter und lässt offen, ob er Van der Bellen anerkennt

*

Einzelfall: Nazi-Posting auf Seite der FPÖ Vöcklamarkt

17. September 2018: "Schütze Deine Rasse, es ist das Blut Deiner Ahnen!", war in einem Posting der offiziellen Facebook-Seite der FPÖ Vöcklamarkt zu lesen. Es zeigte das sepiafarbene Foto einer Frau mit blondem Zopf, die einen Strauß Getreide im Arm hält. Das Motiv von der "guten deutschen Frau" erinnert an die völkische Bildsprache der Nationalsozialisten.

Den Bericht des STANDARD kommentierte Bernd Babisch, FPÖ-Funktionär aus Pinkafeld, auf der Seite "oe24" mit den Worten: "Und wo ist das Problem? Bei jeder seriösen Zucht von Tieren wird darauf geachtet, dass nichts vermischt wird." Am Mittwoch ist Babisch aus der FPÖ ausgetreten.

Zum Artikel: Nazi-Posting auf blauer Seite

FPÖ-Funktionär im Burgenland tritt wegen "Rasse"-Postings zurück

*

Einzelfall: Umstrittener FPÖ-Mann soll Verwaltungsrichter werden

12. September 2018: Die Regierung schlägt den Juristen und früheren Mitarbeiter von Martin Graf, Hubert Keyl, für den Posten vor. Das Gericht ist auch für Asylberufungen zuständig. Das sorgt für Aufregung, da Keyl und seine Frau Verbindungen zum mehrmals verurteilten Neonazi Gottfried Küssel hatten und Keyl den Widerstandskämpfer Franz Jägerstätter in der FPÖ-nahen Wochenzeitung "Zur Zeit" als "Verräter" bezeichnete. Keyl zieht seine Bewerbung schließlich zurück – landet aber beruflich weich: Er wird Kabinettsmitarbeiter von FPÖ-Verkehrsminister Norbert Hofer.



foto: armin karner

Zu den Artikeln:

Umstrittener FPÖ-Mann soll Verwaltungsrichter werden

NS-Widerständler laut Richterkandidat Keyl "Verräter"

Update vom 4.10.:

FPÖ-Richterkandidat Keyl nun Abteilungsleiter im Verkehrsministerium

*

Einzelfall: ÖVP-Mandatarin findet, Afrikaner könnten nicht "wie Europäer denken und arbeiten"

17. August 2018: Eine Abgeordnete der ÖVP-Delegation im Europaparlament verfasste auf Facebook einen rassistischen Beitrag über Flüchtlinge. Die afrikanische Kultur würde "Leid, Verfolgung, Unterdrückung und Perspektivenlosigkeit" produzieren und sei nicht dazu fähig, einen positiven Beitrag zu leisten. Der "massenweise Import von Stammeskulturen und Clandenken" sei "ein sicherer Weg für eine Veränderung zum Schlechteren" in Europa.

Zum Artikel: Aufregung um rassistisches Posting von ÖVP-Abgeordneter

*

Einzelfall: FPÖ-Stadtrat schimpft über "Neger und Schwuchtel" in ÖBB-Werbung

15. August: Ein Stadtrat der FPÖ in Amstetten kommentierte das Posting eines Parteifreundes zu einer Werbung der ÖBB mit den Worten: "Meine ÖBB Vorteils-card werde ich nun definitiv nicht verlängern statt dessen mit der Westbahn fahren. Das ist doch nicht normal! 2 vermeintliche Schwuchteln m Baby und davon noch ein Neger. Mir grausts..." Auf dem Sujet der Bundesbahnen sind zwei Männer mit einem Baby zu sehen. Einer der beiden ist dunkelhäutig. Die Werbung war von einem Linzer FPÖ-Gemeinderat mit den Worten "Ist doch schön oder?" geteilt worden.

16. August: Das Posting wurde von der FPÖ Amstetten unter dem Vorwand der Meinungsfreiheit verteidigt.

26. November: Der Politiker willigte vor Gericht ein, statt einer Strafe an dem Projekt "Dialog statt Hass" des Vereins Neustart teilzunehmen.

Zu den Artikeln: FPÖ-Stadtrat schimpft über "Neger und Schwuchtel" in ÖBB-Werbung

FPÖ Amstetten rechtfertigt "Neger und Schwuchtel"-Sager mit Meinungsfreiheit

FPÖ-Politiker muss nach rassistischem Eintrag Posten lernen

*

Einzelfall: 8,88 Kilometer lange Wanderung

12. August 2018: Ein burgenländischer FPÖ-Gemeinderat lud zu einer Wanderung, die genau 8,88 Kilometer lang war. Neonazis verwenden "88" als Code für "Heil Hitler". Der Politiker erklärte die Streckenlänge dagegen



foto: armin karner

so: "Wir sind die Strecke mit GPS abgegangen – einmal waren es 8,50 Kilometer, dann 8,90 Kilometer. Wir haben einfach die goldene Mitte genommen." Am 26. November hat die Staatsanwaltschaft das Verfahren gegen den Mann eingestellt – es habe sich offenbar um einen Zufall gehandelt.

Zum Artikel: Aufregung um 8,88 Kilometer lange Wanderung

*

Einzelfall: FPÖ-Mitglied verbreitet Videos von Nazi-Modellflugzeug

9. August/3. Juni: Ein 31-jähriger Beamter im Innenministerium verbreitete auf seinem Youtube-Kanal Videos von Modellflugzeugen – darunter eines mit Hakenkreuz. Nach einem Bericht des "Profil"

löschte das FPÖ-Mitglied die Videos. Nun wird ermittelt.

Zu den Artikeln: Beamter verbreitete Videos von Nazi-Modellflugzeug

Ermittlungen gegen Polizisten und FPÖ-Politiker

Update 28.11.2018: Die Staatsanwaltschaft Leoben hat das Ermittlungsverfahren nach dem Abzeichengesetz gegen den 31-Jährigen, der auch Mitarbeiter im Innenministerium ist und für unzensuriert.at schrieb, eingestellt. Die Begründung: "Die subjektive Tatseite war nicht erweislich", wie es auf Nachfrage des STANDARD heißt. Konkret heißt das, der Mann hat damit argumentiert, er habe die Hakenkreuze auf dem Flieger, den er selbst filmte, nicht gesehen oder nicht als solche erkannt. Das Gegenteil konnte ihm nicht bewiesen werden, so der Sprecher der Staatsanwaltschaft, womit der Vorsatz zur NS-Wiederbetätigung nicht bewiesen werden konnte.

*

Einzelfall: FPÖ-Politiker tritt nach rassistischem "Kongoaffen"-Posting aus Partei aus

24. Juli: Ein stellvertretender FPÖ-Ortsparteichef einer Pinzgauer Gemeinde, der das französische Fußball-Nationalteam nach dem WM-Sieg auf Facebook als "Kongoaffen" bezeichnet hatte, ist Ende Juli auf Anraten der Landespartei zurückgetreten. "Er hat die Konsequenzen gezogen und ohne Verzögerung seinen Rücktritt erklärt", sagte der freiheitliche Landespressesprecher Dom Kamper. Der stellvertretende Ortsparteichef hatte nach dem WM-Sieg der Franzosen gepostet: "Diese Kongoaffen sollte man einfach ignorieren! Das sind einfach keine Weltmeister." Schon früher hatte er angedroht, "schlaue Personen", die die EU verteidigten, "die Fresse zu polieren". Er hatte daraufhin eine zweite Chance von der Partei erhalten.

Zum Artikel: FPÖ-Politiker trat nach rassistischem "Kongoaffen"-Posting aus Partei aus

*

Einzelfall: Soldat und blauer Gewerkschafter wegen NS-Wiederbetätigung, Verhetzung, Quälens eines Gefangenen und gefährlicher Drohung vor Gericht. Rechtmäßig verurteilt

2. Juli: Am 2. Juli stand in Feldkirch in Vorarlberg ein vom Bundesheer suspendierter Kadernsoldat NS-Wiederbetätigung, Verhetzung, Quälens eines Gefangenen und gefährlicher Drohung vor Gericht. Der Mann war auch Funktionär in der freiheitlichen Bundesheergewerkschaft, auf deren Facebook-Seite er auch noch Ende November, also fast fünf Monate nach dem Urteil geführt wird. Der 42-jährige wurde von mehreren Rekruten belastet. So soll er antisemitische "Witze" erzählt haben, bei einem Einsatz im Burgenland, die Order ausgegeben haben, mit Flüchtlingen, die er mehrmals als "Schweine" bezeichnete, nicht zimperlich umzugehen und diese unter anderem durch Fußtritte und Schläge ins Gesicht mit einer Taschenlampe misshandelt haben. Zudem soll er Flüchtlinge gezwungen haben, nieder zu knien und sie auch verbal verängstigt und bedroht haben. Das Bundesheer hatte Anzeige erstattet und den Mann suspendiert. Später trat er ganz aus dem Heer aus.



foto: armin karner

Er war teilgeständig und wurde rechtskräftig zu zweieinhalb Jahren Haft, zehn davon bedingt, verurteilt. Auf der Facebook-Seite der freiheitlichen Bundesheergewerkschaft BHG scheint er noch immer als Funktionär auf.

Bericht im ORF

*

Einzelfall: Einschlägiges Konzert bei Burschenschaft von FPÖ-Landesrat Podgorschek

28. Juni: Die rechtsextremen Radiomacher des Netzradios Germania bedanken sich via Facebook bei der Burschenschaft Germania zu Ried "für die interessante 'Führung' durch Braunau und Ried". Mit dabei: Ein Foto zu einem Konzert des "wohl bekanntesten Balladensänger Deutschlands" im Hauptquartier der Germania – gemeint sein dürfte der rechtsextreme Fylgjen, der in seiner Musik für den Nationalsozialismus wirbt. Germania-Mitglied und FPÖ-Landesrat Elmar Podgorschek will den Sänger nicht kennen. Ob er vom Konzert gewusst habe, könne er nicht sagen, erklärte ein Sprecher des Landesrats.

Zum Artikel: Erneut Aufregung um Burschenschaft von FPÖ-Landesrat Podgorschek

Update: Innenminister Kickls Antworten auf parlamentarische Anfrage zum Fall

*

Einzelfall: Rechtsextreme "Aula" nennt Cesár Sampson "ORF-Quotenmohr"

24. Mai 2018: Die rechtsextreme Zeitschrift "Aula" nennt den Song-Contest-Dritten Cesár Sampson in einem Artikel "ORF-Quotenmohr". FPÖ-Chef und Vizekanzler Heinz-Christian entschuldigt sich daraufhin bei Sampson für den rassistischen Kommentar. Er kündigte außerdem an, dass die FPÖ nicht mehr in der "Aula" inserieren werde und sich die Akademikerverbände aus der "Aula"-Eigentümerschaft zurückzögen.

Zum Artikel: Rechtsextreme "Aula" nennt Cesár Sampson "ORF-Quotenmohr"

*



foto: armin karner

Einzelfall: Kinokette weigert sich, einen Spot der FPÖ-Jugend zu zeigen

10. Mai: Die FPÖ Oberösterreich kritisiert zwei große Kinoketten, weil diese sich weigern, einen Kinospot der FPÖ-Jugend über den Fachkräftemangel zu zeigen. Das Hollywood Megaplex hat die Kritik zurückgewiesen: Der Spot vermittele den Eindruck, ausländische Fachkräfte würden sich in Österreich als Einbrecher betätigen.

Zum Artikel: Megaplex wehrt sich gegen FP-Kritik wegen abgelehnten Spots

*

Einzelfall: FPÖ-Jugendfunktionär bekannte sich als Nationalsozialist

9. Mai: Es war ein altes Facebook-Posting – aber ein sehr eindeutiges: 2009 hatte der später zum Landeschef des Rings Freiheitlicher Jugend (RFJ) aufgestiegene Salzburger Markus Hüttenmeyer das Zitat "Für uns Nationalsozialisten darf das Bekenntnis zu einer Weltanschauung niemals zur Phrase werden" gepostet. Als dies – gerade am Tag der Befreiung im Jahr 2018 – bekannt geworden ist, hat Hüttenmeyer seine Funktionen zurückgelegt.

Zum Artikel: Salzburger RFJ-Chef outete sich als Nationalsozialist

*

Einzelfall: FPÖ-Mitarbeiter teilt rassistische Story auf Instagram

24. April: "Habens leicht Ausgang?" kommentierte ein Mitarbeiter des burgenländischen Landeshauptmann-Stellvertreters Johann Tschürtz (FPÖ) ein Video von dunkelhäutigen Läufern beim Vienna City Marathon. Der FPÖ-Politiker kündigte ein Gespräch mit seinem Mitarbeiter an.

Zum Artikel: FPÖ-Mitarbeiter teilte rassistische Instagram-Story

*

Einzelfall: FPÖ-Klubchef Gudenus springt auf Anti-Soros-Kampagne auf

20. April 2018: FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus kann der Anti-Soros-Kampagne des rechtskonservativen ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán einiges abgewinnen. Es gebe "stichhaltige Gerüchte", wonach Soros daran beteiligt sei, "Migrantenströme nach Europa zu unterstützen", sagte Gudenus der "Presse". Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) teilt diese Ansicht nicht, FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache sprang Gudenus zur Seite.

Zum Artikel: Gudenus springt auf Orbáns Anti-Soros-Kampagne auf

*



foto: armin karner

Einzelfall: Mitarbeiter von Norbert Hofer "gefällt" Lokal, das Hitler-Geburtstag feiert

20. April 2018: Arndt Praxmarer, im Kabinett zuständig für "Bürgerservice, Patentamt", hat bis Donnerstag auf Facebook die Seite des Gasthauses Goldener Löwe im deutschen Thüringen unterstützt, wie die Seite "FPÖ Fails" berichtet.

Zum Artikel: Mitarbeiter von Norbert Hofer "gefällt" Lokal, das Hitler-Geburtstag feiert

*

Einzelfall: Rassistische Kommentare zu roter Bezirkspolitikerin

12. April 2018: Als die aus dem Kongo stammende SPÖ-Politikerin Mireille Ngosso neue stellvertretende Bezirksvorsteherin der Wiener Innenstadt wurde, reagierten FPÖ-Vertreter mit verbalen Angriffen. Robert Lizar, Redakteur der "Neuen Freien Zeitung", des offiziellen Parteiblatts der FPÖ, postete laut Dokumentation der Plattform fpofails.org zu einem Artikel über Ngosso: "Ich bin mir jetzt nicht mehr sicher, ob ich noch weiß, welche Wurzeln und Identität meine Heimatstadt hat ..." Evelyn Achhorner, blaue Landtagsabgeordnete in Tirol, fiel zum Bild der Sozialdemokratin eine Frage ein: "Frau oder Mann?"

Zum Artikel: Afroösterreichischer Bezirkspolitikerin schlägt Rassismus entgegen

*

Einzelfall: FPÖ-Gemeinderäte sollen Hitlerbilder geteilt haben

23. März 2018: Staatsschützer und Polizisten haben in der oberösterreichischen Gemeinde Suben eine Razzia durchgeführt. Sechs Personen sollen in zwei Whatsapp-Gruppen Bilder mit Neonazi-Inhalten geteilt haben. Zwei von ihnen waren FPÖ-Gemeinderäte, bestätigte die



foto: armin karner

Landespartei. Sie seien aus der Partei ausgetreten und damit einem Ausschluss zugekommen. Die Betroffenen haben bei der Einvernahme gestanden, Bilder, auf denen Adolf Hitler mit einschlägigen Sprüchen zu sehen sei, verschickt zu haben. Noch am selben Tag haben die beiden FPÖ-Gemeinderäte ihren Parteiaustritt schriftlich mitgeteilt.

Zum Artikel: Hitlerbilder-Razzia: Zwei Gemeinderäte aus FPÖ ausgetreten

*

Einzelfall: FPÖ-Bezirksrat und diplomatischer Vertreter postet Hakenkreuz

20. März 2018: In der Wiener Leopoldstadt wurden zwei FPÖ-Bezirksräte ausfällig nach rechtsaußen.

Bezirksrat Jürgen-Michael Kleppich, der gleichzeitig als Attaché in der österreichischen Botschaft in Israel und somit als diplomatischer Vertreter Österreichs tätig ist, postete ein Foto von sich in einem Burschenschaftler-T-Shirt, das aus dem Sortiment von "Phalanx Europa", dem Onlinehandel des rechtsextremen Identitären Martin Sellner, stammen soll, berichtet der "Falter". Einige Monate zuvor hat Kleppich ein Bild seines Großvaters in Nazi-Uniform mit Hakenkreuz gepostet. Als Reaktion darauf wird Kleppich von Außenministerin Karin Kneissl zurückbeordert und verwarnt, außerdem prüft die Finanzprokuratur.

Der ebenfalls im zweiten Bezirk aktive Bezirksrat Herwig Götschober wurde von der Israelitischen Kultusgemeinde (IKG) zum Rücktritt aufgefordert. Er war als Vorsitzender der Bruna Sudetia in einen NS-Liederbuchskandal verwickelt. Die Bezirksvertretung verabschiedete aufgrund dieser Vorfälle eine Resolution, in der sie sich dafür ausspricht, dass in "demokratischen Vertretungskörpern auf kommunalpolitischer, bundespolitischer und europapolitischer Ebene" ausschließlich Mandatäre vertreten sein sollen, die sich "explizit gegen antidemokratisches, antisemitisches, deutschnationales und rassistisches Gedankengut" aussprechen.

Zum Artikel: Aufregung um FPÖ-Bezirksrat wegen Hakenkreuz-Postings

*

Einzelfall: Justiz ermittelt gegen blauen Spitzenpolizisten Preiszler

Am **19. März 2018** nimmt die Staatsanwaltschaft (StA) Wiener Neustadt die Ermittlungen gegen Wolfgang Preiszler, den Leiter der Einsatzgruppe zur Bekämpfung der Straßenkriminalität (ESG), auf. Preiszler, der auch FPÖ-Gemeinderat im niederösterreichischen Guntramsdorf und blauer Gewerkschafter ist, hat auf seiner Facebook-Seite rassistische Karikaturen, Inhalte rechtsextremer Quellen und Postings von prominenten Staatsverweigerern geteilt und gelikt. Da die Vorfälle verjährt sind, werden die Ermittlungen eingestellt.

Zum Artikel: Justiz ermittelt gegen blauen Spitzenpolizisten Preiszler

*

Einzelfall: Ehemaliger FPÖ-Landesparteiobermann behauptet, Burschenschafter seien wie Juden verfolgt worden

8. März 2018: Der frühere oberösterreichische FPÖ-Chef Lutz Weinzinger, Mitglied der Bruna Sudetia, behauptet in einem Interview, dass die Burschenschafter wie die Juden verfolgt worden seien.

Zum Artikel: Ehemaliger FPÖ-OÖ-Chef: Burschenschafter "wie Juden verfolgt"

*

Einzelfall: Hitler-Bilder via Whatsapp verschickt

7. März 2018: Der Imster FPÖ-Bezirksobmann Wolfgang Neururer hat in einer, laut FPÖ-Auskunft parteiinternen, Whatsapp-Gruppe mehrere Hitler-Bilder verschickt, die unter anderem mit Texten wie "Adolf bitte melde dich" versehen waren. Die Tiroler FPÖ spricht hinsichtlich der Veröffentlichung der Screenshots dieser Nachrichten auf der Website dietiwag.org von "gezielter Sabotage allfälliger Regierungsverhandlungen". Denn zu diesem Zeitpunkt liefen noch Sondierungsgespräche zwischen der FPÖ und der Tiroler Volkspartei. Die Bilder habe Neururer nur versandt, um andere Parteimitglieder zu warnen, dass derlei Abbildungen im Umlauf seien. Gegen die Funktionäre wird wegen eines möglichen Verstoßes gegen das Verbotsgesetz ermittelt, erklärte ein Staatsanwaltschaftssprecher. Neururer und seine Chatpartnerin stellten daraufhin ihre Funktionen und Mitgliedschaft bis zum Abschluss des gegen sie laufenden Verfahrens ruhend.

Update 16. Juli 2018: Die Staatsanwaltschaft Innsbruck hat den früheren Imster Gemeinderat und Bezirksparteiobermann Neururer nun wegen Wiederbetätigung angeklagt. Seitens der Tiroler FPÖ wird darauf verwiesen, dass Neururer "vor wenigen Wochen – freiwillig – seinen Austritt aus der Freiheitlichen Partei erklärt" habe.

Update 11. Oktober 2018: Der 50-Jährige wurde zu zwei Jahren Haft wegen Wiederbetätigung verurteilt, 16 Monate davon bedingt.

Update 6. Dezember 2018: Das Urteil ist rechtskräftig.

Zum Artikel: Tiroler Koalitionsverhandlungen – SPÖ aus dem Rennen, FPÖ unter Druck

*

Einzelfall: Grazer FPÖ-Vizebürgermeister Mario Eustachio spricht am rechtsextremen Treffen "Verteidiger Europas"

3. März 2018: Die oberösterreichische Gemeinde Aistersheim wird durch die "Verteidiger Europas", ein Vernetzungstreffen von rechten und rechtsextremen Organisationen, Politikern, Verlegern und Medien mit rund 500 Gästen und rund 300 Gegendemonstranten in Ausnahmezustand

versetzt. Einer der Gastredner war der Grazer Vizebürgermeister Mario Eustacchio. Als dieser wieder zuhause in Graz ist, also in einer Stadt, die durch einen einstimmigen Beschluss 2001 die erste "Stadt der Menschenrechte" Europas wurde, muss sich Eustacchio erklären. Denn das rechte Magazin "Info direkt" – andere Medien als stramm rechte blieben vom Kongress ausgeschlossen – zitierte die Rede, in der Eustacchio die Menschenrechte attackierte und bedauerte, dass diese "alte väterliche Werte" ersetzt. Mit Kritik konfrontiert stritt Eustacchio alles ab, wollte aber auf STANDARD-Nachfrage auch nicht gerichtlich gegen "Info direkt" vorgehen.

Zum Artikel: Aufregung über Rede von FPÖ-Politiker Eustacchio auf rechtem Kongress

*

Einzelfall: Zweites antisemitisches Liederbuch

20. Februar 2018: Der Falter berichtet, dass auch in einem Liederbuch der Burschenschaft Bruna Sudetia antisemitische Liedtexte enthalten sind. Unter anderem ist zu lesen: "Zwei Juden schwammen einst im Nil, den einen fraß ein Krokodil, den anderen hat es nur angeglotzt, da hätt' es den ersten fast ausgekotzt." Obmann der Burschenschaft ist zu diesem Zeitpunkt Herwig Götschober, ein Mitarbeiter im Kabinett von Infrastrukturminister Norbert Hofer (FPÖ). Götschober betont, keine Buchversion mit derartigen Zeilen zu kennen. Kurz darauf wird er im Ministerium beurlaubt, drei Wochen später versieht er wieder Dienst. Die Ermittlungen gegen die Bruna Sudetia laufen weiter, zuletzt lehnte das OLG Wien einen Gutachter ab, der im DÖW arbeitet.

Zum Artikel: Antisemitismus auch in Liederbuch der Bruna-Sudetia-Burschenschaft

*

Einzelfall: FPÖ-Funktionär mit engen Kontakten zu den rechtsextremen Identitären

16. Februar 2018: Reinhard Rebhandl, der im Jänner auf der Landesliste der FPÖ für die Landtagswahl kandidierte, gehört seit Jahrzehnten der rechtsextremen Szene an. Er ist Mitglied der Burschenschaft "Gothia Salzburg" und marschierte 2016 mit dem Wahlspruch "Salzburgs Deutsche Mark" auf einer Kundgebung der Identitären am Grenzübergang Freilassing mit.

Zum Artikel: Salzburger FPÖ-Funktionär aus dem ganz rechten Eck

*

Einzelfall: FPÖ-Mann Heinrich Sickl wird unter Protest angelobt

8. Februar 2018: Trotz massiver Proteste wurde der FPÖ-Mann Heinrich Sickl Anfang Februar als neues Mitglied des Gemeinderats in Graz angelobt. Bereits in seiner Jugend knüpfte Sickl Kontakte zu den Neonazis, nahm an

Demonstrationen der Identitären teil und vermietet heute den Identitären Räumlichkeiten in einem Mehrparteienhaus in Graz.

Zum Artikel: Angelobung von Grazer FPÖ-Gemeinderat Sickl unter Protest

*

Einzelfall: "Untermenschen"-Eintrag auf Facebook

7. Februar 2018: Miriam Rydl, seit kurzem Mitglied im Vorstand der FPÖ Tulln, will nicht gewusst haben, welches Wort sie da neben "Schlappschwänze" und "Feiglinge" an jene Flüchtlinge gerichtet hat, die ohne ihre Familien aus ihrer Heimat geflohen sind: "Das war mir nicht bewusst, dass 'Untermensch' ein Nazi-Wort ist", erklärt sie auf Anfrage des STANDARD.

Zum Artikel: Tullner FPÖ-Funktionärin postet über "Untermenschen"

*

Einzelfall: Strache-Sprecher zitierte neonazistischen Wikipedia-Klon

4. Februar 2018: Martin Glier, Pressesprecher von Vizekanzler Heinz-Christian Strache (FPÖ), hat in einer Onlinediskussion aus der rechtsextremen Internet-Enzyklopädie Metapedia zitiert. Glier bezeichnete in einem Twitter-Streit mit "Kurier"-Herausgeber Helmut Brandstätter diesen als "Blutzeuge" und verwies auf den namensgleichen illegalen Nationalsozialisten. Der "Kurier"-Chef erwiderte, dies sei ein "Nazi-Ausdruck", woraufhin Glier angab, Wikipedia zu zitieren. Dann publizierte er einen Screenshot, der allerdings aus der Metapedia stammte. Glier gab später an, nicht gewusst zu haben, dass es sich bei Metapedia um eine rechtsextreme Seite handelt. Er distanzierte sich.

Zum Artikel: Strache-Sprecher zitierte neonazistischen Wikipedia-Klon

*

Einzelfall: NS-Liederbuch wurde von SPÖ-Mitglied illustriert

30. Jänner 2018: Einer der Verdächtigen in der Liederbuch-Affäre um den niederösterreichischen FPÖ-Spitzenkandidaten Udo Landbauer war hoher Beamter in Wiener Neustadt sowie SPÖ-Mitglied. Der Mann war unter der damals absolut regierenden SPÖ in Wiener Neustadt hoher Magistratsbeamter und gehört zu jenen vier Personen der Burschenschaft Germania, gegen die die Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren nach dem NS-Verbotsgesetz eingeleitet hat. Er soll in den 90er-Jahren als Hobbymaler die künstlerische Gestaltung des Liederbuches übernommen haben und für die Illustrationen zwischen den Texten verantwortlich zeichnen.

Zum Artikel: NS-Liederbuch wurde von SPÖ-Mitglied illustriert

*

Einzelfall: NS-Devotionalien und Waffen bei SPÖ-Gemeinderat gefunden

29. Jänner 2018: Im Haus eines niederösterreichischen SPÖ-Gemeinderats, das die Polizei nach einer Anzeige wegen Missbrauchs durchsuchte, fanden Beamten in einem Kellerabteil neben zahlreichen historischen Waffen – unter anderem Handgranaten, Faustfeuerwaffen und Schlagringe – auch Devotionalien aus der NS-Zeit. Der Politiker wird im September wegen Kindesmissbrauchs und unerlaubten Waffenbesitzes zu sechs Jahren Haft verurteilt, er ging in Berufung. Aus der SPÖ wird der Mann ausgeschlossen.

Zum Artikel: Verdacht auf Missbrauch und Wiederbetätigung: SPÖ-Politiker verhaftet

*

Einzelfall: Landbauer und das Germania-Liederbuch



Blauer Spitzenkandidat in Niederösterreich: Udo Landbauer.

Der "Falter" berichtet am **23. Jänner** von einem Liederbuch der Burschenschaft Germania zu Wiener Neustadt, in dem der Judenmord und das Naziregime verherrlicht werden. In einem Lied heißt es: "Da trat in ihre Mitte der Jude Ben Gurion: 'Gebt Gas, ihr alten Germanen, wir schaffen die siebte Million.'" Stellvertretender Vorsitzender der Germania ist zu diesem Zeitpunkt der FPÖ-Spitzenkandidat für die niederösterreichische Landtagswahl, Udo Landbauer.

Er meint, von NS-verherrlichenden Liedern nichts gewusst zu haben und diese auch nie gesungen zu haben. Die FPÖ-Parteispitze stellt sich hinter Landbauer, von SPÖ, Grünen und Neos hagelt es Rücktrittsaufforderungen. Seine politischen Funktionen legt Landbauer nicht kurzfristig zurück, außerdem stellt er seine Mitgliedschaft bei der Burschenschaft ruhend. Die Germania macht, nachdem die Justiz bereits Ermittlungen aufgenommen hatte, einen angeblich Verantwortlichen ausfindig und suspendiert diesen. Die Ermittlungen werden eingestellt, Landbauer kehrt am 20. September als Klubobmann in den niederösterreichischen Landtag zurück.

Zum Artikel: Nazi-Lieder bei Burschenschaft von FPÖ-Kandidat Landbauer

*

Einzelfall: Kickl will Asylwerber "konzentriert halten"



Herbert Kickl versichert: Er habe nicht auf Konzentrationslager anspielen wollen. foto: apa/schlagler

Eigentlich geht es am **11. Jänner 2018** um die Zahlen des Bundesamts für Fremdenwesen und Asyl. Für Aufregung sorgt aber der bei der Pressekonferenz anwesende Innenminister Herbert Kickl (FPÖ): "Es ist nur ein Begriff, diese Grundversorgungszentren, für eine entsprechende Infrastruktur, wo es uns gelingt, diejenigen, die in ein Asylverfahren eintreten, auch entsprechend konzentriert an einem Ort zu halten", sagte Kickl angesprochen auf die Unterbringung von Asylwerbern, die Kritiker als Massenquartiere bezeichnen.

Medien auf der ganzen Welt berichteten über die provokante Wortwahl des Innenministers. Von der SPÖ, den Grünen, den Neos und aus der Zivilbevölkerung kommt massive Kritik. Bundespräsident Alexander Van der Bellen mahnt einen "verantwortungsvollen Umgang mit der Sprache" ein. Kickl selbst erklärt, dass er mit seiner Bemerkung keinesfalls auf Konzentrationslager angespielt habe. Er weise jegliche Verbindung zwischen dem Begriff "konzentriert" und Begrifflichkeiten des "verabscheuungswürdigen NS-Verbrecherregimes" entschieden zurück.

Zum Artikel: Kickl will Flüchtlinge "konzentriert" an einem Ort halten

*

Einzelfall: Ehemaliger Chefredakteur von "unzensuriert.at" wird Kommunikationschef

Ende Dezember 2017 wird Alexander Höferl, ehemaliger Chefredakteur und Miteigentümer der rechten Website "unzensuriert.at", Kommunikationschef von Innenminister Herbert Kickl (FPÖ). Das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung hat die Website "unzensuriert.at" als "zum Teil äußerst fremdenfeindlich" eingestuft und "antisemitische Tendenzen" bescheinigt.

Zum Artikel: Kommunikationschef Kickls "gefallen" Rechtsextreme

*

Einzelfall: Ausschluss nach Like für Rechtsrock-Lied

Ein FPÖ-Gemeinderat in Niederösterreich sorgt zum Jahreswechsel für Aufregung, da er auf Youtube ein Lied einer Rechtsrock-Band gelikt hat. Der Politiker gibt an, die Band nicht zu kennen, offenbar sei das Passwort für seinen Account geknackt worden, so seine Erklärung.

Die Partei nimmt ihm das nicht ab. Da er bereits in der Vergangenheit negativ aufgefallen und ein "Grenzgänger" sei, werde er mit sofortiger Wirkung aus der Partei ausgeschlossen, teilt Landespartei sekretär Christian Hafenecker am 1. Jänner mit.

Zum Artikel: "Gefahr im Verzug": FPÖ schließt Gemeinderat aus

*

Einzelfall: Mitarbeiter mit Hakenkreuzfoto

Am **30. Dezember 2017** berichtet die "Kronen Zeitung", dass dem Welser FPÖ-Bürgermeister Andreas Rabl ein Foto eines Mitarbeiters der Stadtwache zugespielt worden sei, auf dem dieser mit Hakenkreuzfahne zu sehen sei. Der Bedienstete wird fristlos gekündigt. "Der Mitarbeiter ist definitiv kein FPÖ-Mitglied", erklärt Rabl.

Zu diesem Zeitpunkt stimmt das auch. Was Rabl allerdings nicht dazusagt, DER STANDARD aber einige Wochen später aufdeckt: Der Hakenkreuzfahnenfan war über mehrere Jahre FPÖ-Mitglied und engagierte sich auch bei der Aktion Unabhängiger und Freiheitlicher Gewerkschafter (AUF). Rabl räumt ein, den Ex-Mitarbeiter gekannt zu haben, meint aber: "Man kann in die Leute nicht hineinschauen."

Zum Artikel: Welser Bürgermeister wegen Ex-FPÖlers mit Nazi-Fahne unter Druck

*

Einzelfall: Nazipropaganda zu Weihnachten

Am **27. Dezember 2017** berichtet DER STANDARD über den FPÖ-Gemeinderat Bernhard Blochberger aus dem niederösterreichischen Krumbach, der zu Weihnachten auf Facebook eine Zeichnung gepostet hat, die eine Familie auf der einen und zwei deutsche Soldaten an einem Grab auf der anderen Seite zeigt. Das Bild stammt von der nationalsozialistischen "Frauen-Warte" aus dem Jahr 1943.

Einen Link zu einem Youtube-Video mit dem Titel "Wehrmacht, stille Nacht" löscht der Gemeinderat später wieder, er habe "falsch gedrückt", das Bild lässt er stehen. "Man muss auch sagen, dass da nichts Verbotenes drinnen ist", so seine Begründung. Die Landes-FPÖ meint, sie könne nichts machen, weil Blochberger kein Parteimitglied sei. Blochberger wird nach wie vor als freiheitlicher Gemeinderat geführt.

Zum Artikel: FPÖ-Gemeinderat schickt Weihnachtsgrüße mit Nazipropaganda

*

Einzelfall: Andreas Bors verzichtet auf Bundesratsmandat



Laut Andreas Bors (links im Bild) wurden hier Rapid-Lieder gesungen.

foto: bezirksblätter

Andreas Bors, der von der FPÖ Niederösterreich für den Bundesrat nominiert worden ist, gibt am **16. November 2017** bekannt, sein Mandat doch nicht anzunehmen. Der 28-Jährige wird von seiner Vergangenheit eingeholt. Drei Jahre zuvor war von den "Bezirksblättern" ein Foto veröffentlicht worden, auf dem Bors in Hitlergruß-Pose zu sehen ist. Das Bild stammte von einer Silvesterfeier zum Jahreswechsel 2006/2007.

Bors' Erklärung für die Pose: Er könne sich nicht mehr genau erinnern, möglicherweise könnte es sich um "Fangesänge" für einen Fußballverein gehandelt haben.* Strafrechtlich seien alle Vorwürfe gegen ihn ins Leere gegangen, er sehe sich aber "aufgrund einer unhaltbaren Medienkampagne" zum Rückzug veranlasst.

Update, 26. November 2018: Bors ist nach wie vor Bezirkschef der FPÖ in Tulln.

Zum Artikel: FPÖ: Königsberger statt Mandatar mit Hitlergruß-Pose im Bundesrat

*

Einzelfall: FPÖ verhöhnt Johanna Mikl-Leitner als "Moslem-Mama"

Im **November 2017** bezeichnete der Spitzenkandidat der FPÖ Niederösterreich für die Landtagswahl, Udo Landbauer, ÖVP-Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner als "Moslem-Mama". Der Grund

dafür: Kinder sollen in niederösterreichischen Kindergärten künftig religiöse Feste und Mahlzeiten aus anderen Kulturen kennenlernen.

Zum Artikel: Wie die FPÖ in Wien kuschelt und in St. Pölten schimpft

(red, 29.1.2018)

**In einer früheren Version des Artikels stand: Bors selbst habe erklärt, er habe damals nur Rapid-Lieder gesungen. In einem Telefonat mit dem STANDARD legt Bors wert auf die Feststellung, dass er sich nicht mehr genau erinnern könne, es könne sich aber möglicherweise um "Fangesänge" für einen Fußballverein gehandelt haben. Jedenfalls sei es "blöd" gewesen, er entschuldige sich dafür.*

Link

Heinz-Christian Strache im Interview: "Ich lebe mit diesen Vorwürfen sehr gut"

© STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H. 2018

Alle Rechte vorbehalten. Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf.
Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.
